

Rechenschaftsbericht für die Bundeskonferenz der Ökologischen Linken  
am 12./13. Dezember 2009 in Köln

BundessprecherInnenrat der Ökologischen Linken

## Es bedarf der grundlegenden Meuterei!

In den kapitalistischen Zentren wurden und werden als Reaktion auf die Folgen der Weltwirtschaftskrise Steuermilliarden in den Rachen der Hauptakteure des Systems geworfen. Der Staat als Staat des Kapitals versucht mit Befriedungsstrategien die soziale Ordnung aufrecht und so das kapitalistische System stabil zu halten. Durch die Verlängerung der Bezugsdauer des **Kurzarbeitergeldes** 2009 erst auf 18, dann auf 24 Monate und jetzt für 2010 auf 18 Monate wird zumindest teilweise verhindert, dass es bis Mitte 2012 zu Massenentlassungen kommen wird. Das Kapital kann die Lohnkosten senken, bis ins Jahr 2012. Die SteuerzahlerInnen zahlen über die Bundesagentur für Arbeit und die Lohnabhängigen verlieren einen Teil ihres Lohns. Die Deutsche Bank fuhr im ersten Halbjahr 2009 Milliardengewinne ein. Die Möglichkeiten zur Befristung von Arbeitsverhältnissen werden ausgeweitet. Die Menschen, die noch Arbeit haben, werden aus Angst um den Arbeitsplatz auch zu niedrigeren Löhnen arbeiten. Die Energiekonzerne werden durch Laufzeitverlängerungen der AKWs trotz zahlloser Pannen und Pleiten mit Extraprofiten bedient.

Während in Griechenland im Mai 2009 durch massenhafte Streiks und militante Aktionen gegen den auch von der EU eingeforderten Lohn- und Sozialraub vorgezogene Parlamentswahlen notwendig wurden und es in Frankreich zu Generalstreiks und Fabrikbesetzungen kam, blieb es in der BRD trotz Jobabbau und Kurzarbeit still – es gab **keine gewerkschaftlichen Solidaritätsaktionen**, keine wilden Streiks. Bei der DGB-Demonstration »Die Krise bekämpfen – Sozialpakt für Europa! Die Verursacher müssen zahlen« am 16. Mai 2009 in Berlin konnten dann die Gewerkschaftsfunktionäre zu den ca. 80.000 TeilnehmerInnen sprechen, die schon 2008 zugesehen haben, als tausende LeiharbeiterInnen geräuschlos entsorgt wurden. Die Ökologische Linke Berlin hat mit Unterstützung des BundessprecherInnenrats dort das Flugblatt »Nutzt die Risse im System Aufruhr Revolte Widerstand« der Ökologischen Linken verteilt. Das Flugblatt setzt sich mit der aktuellen Weltwirtschaftskrise des Kapitalismus und den reformistischen Antworten auseinander. Es macht deutlich, dass es nur einen Kapitalismus gibt und der Kapitalismus selbst die Krise ist. Antikapitalismus ist also letztlich nur der Kampf für die Soziale Revolution, für die Abschaffung der Lohnarbeit. Die Integrationsstrategien im Kapitalismus sind unter anderem Spaltung durch soziale und materielle Hierarchien, Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung, Konsumteilnahme fast aller entsprechend ihres sozialen Status, die Kanalisierung der freien Meinung als Massenmedienpropaganda, Repression, Unterdrückung und Überwachung bis zur nationalen Propaganda mit dem Konstrukt der Volksgemeinschaft und **zur** Militarisierung der herrschenden Ordnung. Die herrschende Ordnung im deutsch-digitalen Überwachungsstaat ist und war immer eine Gefängnisordnung.

In den USA ermöglichten die Folgen der Weltwirtschaftskrise die Wahl **Barack Obamas** zum Präsidenten der USA zu Beginn des Jahres. Um die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise

und die zwangsläufig massiven Einschnitte zu verkaufen wurde ein Liberaler gebraucht, um trotz dramatischer Arbeitslosigkeit ein Chaos zu verhindern und so die herrschende Ordnung zu stabilisieren. Schon seit Mai 2008 unterstützte der Multimilliardär Warren E. Buffett Obama als Präsidentschaftskandidaten. Im Oktober 2009 wurde mit 680 Mrd. Dollar der größte Kriegshaushalt der USA aller Zeiten von Obama unterzeichnet.

Die Weltwirtschaftskrise hat das Ende der G8 beschleunigt und bei den G20 eine neue Machtverteilung ermöglicht. Das Verhältnis USA China wird derzeit maßgeblich über die gegenseitige Abhängigkeit bestimmt. China hat als erstes Land Anleihen des Internationalen Währungsfonds IWF gekauft.

Die **Folgen der Krise** werden aus den Zentren des Kapitalismus in den Trikont verlagert. Mit den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise verschärfen sich die internationalen Klassenaus-einandersetzungen. Das Kapital streicht Investitionen, von den sogenannten Krisenmitteln des IWFs gingen 82 Prozent nach Europa und 1,6 Prozent nach Afrika. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise folgen direkt der durch extrem gestiegene Lebensmittelpreise ausgelösten Ernährungskrise von 2008. Das Kapital spekuliert schon heute auf satte Profite mit dem Hunger. Mit der Reduzierung von Ackerland durch den Klimawandel, durch Verödung, Urbanisierung und Wassermangel einerseits, mit der zunehmenden Nachfrage nach Biosprit und nach Lebensmitteln durch eine wachsende Bevölkerung andererseits, wird es weltweit zu einer weiteren Verknappung von Lebensmitteln und einem weiteren Preisanstieg kommen. Das Kapital macht sich mit Hilfe von Investmentfonds über fruchtbares Ackerland überall dort her, wo es zu geringen Kaufpreisen oder langfristig zu mickrigen Pachtbeträgen und möglichst ohne Verwertungshindernisse zu haben ist. Korrupte Regierungen und Diktatoren verscherbeln so, wie in Sambia oder der Ukraine, Millionen Hektar Boden, während dort die KleinbäuerInnen ihrer einzigen Lebensgrundlage beraubt werden.

Auch Regierungen und die von ihnen finanzierten Fonds oder Firmen mischen mit. Der Sudan hat 1,5 Millionen Hektar Ackerland den Golfstaaten, Ägypten und Südkorea für 99-Jahre überlassen, gleichzeitig hängen im Land selbst 5,6 Millionen Menschen von Nahrungslieferungen ab. Ägypten produziert Weizen in Uganda, Saudi-Arabien pachtet 1,6 Millionen Hektar Land in Indonesien zur Produktion von **Agrotreibstoff**. China produziert schon seit 1989 über staatliche Firmen in vielen Staaten Lebensmittel auf gepachteten oder gekauften Flächen. Während in Äthiopien Reis für Saudi-Arabien wuchs, waren dort elf Millionen Menschen auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen.

Nach den Parlamentswahlen im **Iran** gingen tausende Menschen gegen das religiöse Regime auf die Straße, die Revolte wurde brutal niedergeschlagen. Im Aufruf zum »Bundesweiten Antifa-Aktionstag gegen Siemens-Nokia, Mercedes-Benz & Dräger! Gegen die Kollaborateure des Iranischen Regimes!« von antinationalen Antifa-Gruppen wie der Antifa [f] wurde zur Solidarität mit den Teilen des Widerstands aufgerufen, die gegen Islamismus und für Gewaltenteilung, Trennung von Staat und Kirche, Meinungsfreiheit und freie Wahlen kämpfen. Gleichzeitig wurden die Verbindungen des deutschen Kapitals mit dem iranischen Regime aufgedeckt. Mit deutschen Waffen – Deutschland ist der wichtigste westliche Handelspartner – metzeln die Regierungstruppen im Iran DemonstrantInnen

nieder, gleichzeitig heuchelten die deutschen Medien Unterstützung für die Oppositionskräfte.

Auch 2009 wurde weiter an der Festung Europa gebaut. Weite Seegebiete des Mittelmeeres und um die Kanarischen Inseln wurden in den letzten Jahren durch die südeuropäischen Küstenwachen in Zusammenarbeit mit der auch von der deutschen Bundespolizei unterstützten **EU-Grenzschutzagentur FRONTEX** (Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen) zu Todesfällen für Flüchtlingsboote hochgerüstet. Durch hermetische Abriegelung zum Beispiel der marokkanischen Küste werden immer gefährlichere Routen von den Flüchtlingsbooten genutzt, die Toten werden in Kauf genommen. Der sogenannte Cap Anamur-Prozess endete 2009 mit einem Freispruch nach einer breiten Solidaritätsaktion zur Unterstützung der zwei Angeklagten, an der sich auch Mitglieder der Ökologischen Linken beteiligt haben. Aufgrund des Vorwurfes der Schlepperei und der organisierten Kriminalität drohten den beiden bis zu 12 Jahren Gefängnis. Trotz des nach geltendem Seerecht zwingenden Freispruchs dienten Anklage und Prozess der Warnung und Abschreckung für alle, die in Seenot geratene Flüchtlinge aufnehmen. Vor Malta werden bereits gesichtete Flüchtlinge in ihren unzureichenden Booten nicht geborgen und bewusst in einen möglichen Tod geschickt. Vor den Küsten der griechischen Inseln werden Boote durch die griechische Hafenpolizei zusammen mit den Frontex-Einheiten wieder zurück in die Türkei abgedrängt. Dabei sollen Einheiten der EU-Grenzschutzagentur Frontex den Flüchtlingsschiffen sogar Treibstoff und Nahrungsmittel rauben und die Schiffe dann zur oft auch tödlichen Umkehr zwingen.

Mit Irland und Tschechien hatten Ende 2009 alle Staaten der EU den Lissabon-Vertrag ratifiziert. Er trat am 1. Dezember 2009 in Kraft, an der Festung Europa kann weiter gebaut werden. So könnten **EU-Battlegroups** zukünftig zur militärischen Durchsetzung der Interessen des kapitalistischen Zentrums EU-Europa eingesetzt werden. In der BRD soll über sogenannte Begleitgesetze eine Verfassungsmäßigkeit des Lissabonvertrages hergestellt worden sein. Sie war im Juli 2009 durch das Bundesverfassungsgericht angemahnt worden. Die Verfassungsmäßigkeit ist natürlich Unsinn.

Das sogenannte Stockholm-Programm soll noch im Dezember 2009 verabschiedet werden. Dabei geht es vor allem um eine dramatische Verschärfung der Überwachungsinstrumente und den Ausbau der Repressionsorgane. Unter anderem sollen die Kapazität von Europol ausgebaut und die verschiedenen Polizeidatenbanken zusammengeführt, ein zentrales Bevölkerungsregister angelegt sowie grenzüberschreitende Onlinedurchsuchungen und mehr Kontrolle des Internets möglich werden. Weitere Flüchtlingslager in Drittstaaten sollen entstehen, der Einsatz des Militärs zur Migrationsabwehr soll festgeschrieben werden und die Zusammenarbeit von Polizei, Militär und Geheimdiensten der EU-Länder ausgebaut werden.

Am 28. Juni 2009 wurde durch die EU-UmweltministerInnen die »**Richtlinie über Industrieemissionen**« für den maximalen Schadstoffausstoß von den 52.000 europäischen Industrieanlagen beschlossen, die mehr als die Hälfte des Schadstoffausstoßes der EU verursachen. Ziel war es, die Luftverschmutzung von 2020 an um ein Drittel zu verringern, wobei von der Regelung nur Stoffe wie Schwefel- oder Stickoxide erfasst werden, nicht aber zum Beispiel

Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), wesentlich verantwortlich für den Klimawandel. Die zunächst geplanten Grenzwerte wurden durch Ausnahmeregelungen verwässert. Das deutsche Kapital, für das in der BRD bereits niedrigere Grenzwerte gelten, befürchtet jetzt nicht den fortschreitenden Klimawandel, sondern vor allem Wettbewerbsnachteile und hofft auf das Europäische Parlament oder die neue CDU/CSU/FDP-Regierung.

Im April 2009 verbot die Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner MON 810. Das Verwaltungsgericht Braunschweig bestätigte im Mai das Verbot. Damit wurde die Aussaat der genmanipulierten Maissorte des US-Konzerns Monsanto auf 3600 Hektar in der BRD für 2009 verhindert. Ende April wurde der Anbau der Genkartoffelsorte Amflora vom deutschen Konzern BASF von der gleichen Ministerin zu Versuchszwecken erlaubt. Die inzwischen weltweite Verbreitung von **genmanipulierten Produkten** führt immer häufiger zu Verunreinigungen von Lebensmitteln aus konventionellem Anbau, für diese und andere Schäden wird niemand zur Rechenschaft gezogen. Genmanipulierter Leinsamen wurde im September 2009 in der BRD gefunden. Trotz des Verbotes von Anbau, Verkauf und Verarbeitung in der EU wurde die angeblich herbizid- und antibiotikaresistente Sorte aus Kanada in Brot und Müsli gefunden.

Der Einsatz von **Nanopartikeln** weitet sich rasant aus – in Produkten aller Lebensbereiche der Menschen werden Nanopartikel eingesetzt. Sie werden in Autolacken und Computern verarbeitet, mit Kosmetik und Sonnencreme auf die Haut geschmiert und mit Lebensmitteln wie zum Beispiel Schokoriegeln sogar verzehrt. Im Tierversuch wurden Entzündungen in der Lunge bis hin zum Krebs nachgewiesen, kugelige Nanopartikel kleiner als 40 Nanometer können von Zellen aufgenommen und eingebaut werden. Zulassungsverfahren für Nano-Lebensmittel gibt es nicht. Auf EU-Ebene wird darüber zwar diskutiert, aber alle anderen Produkte wie Reinigungsmittel usw. wären davon gar nicht erfasst. Deutschland ist mit 290 Millionen Euro Forschungsgeldern für die Nanotechnologie Spitzenreiter in der EU. In der Studie »Nanotechnik für Mensch und Umwelt – Chancen fördern und Risiken mindern«, die im Oktober 2009 vom Bundesumweltamt veröffentlicht wurde, wurden die Gesundheitsrisiken für den Menschen durch Nanopartikel zugegeben und vor dem Einsatz von Nanopartikeln mit Bezug auf die »gravierenden Wissenslücken« bei den Risiken für die Gesundheit und vor langfristig negativen Einflüssen auf die Umwelt gewarnt. Dass antibakteriell wirkende Silber-Nanoteilchen nicht nur den Schweiß in den Socken verhindern, sondern auch Allergien auslösen bzw. weitreichender die Gesundheit zerstören können, interessiert genauso wenig wie die Wirkungen von ausgewaschenen Silber-Nanoteilchen in Kläranlagen. Da Nanoteilchen, wie beispielsweise Kohlenstoffröhrchen, in der Natur nicht abgebaut werden, wird es zu einer Anreicherung kommen, deren gesundheitsschädigende Auswirkungen heute schon mit der Gefährlichkeit von Asbest verglichen werden.

Die Auswirkungen des **Klimawandels** sind längst unübersehbar. Millionen von Menschen sind schon heute von Ernteverlusten, Dürre und Unwettern betroffen – vorwiegend in den Ländern südlich der Sahara, den kleinen Inselstaaten und in Süd- und Südostasien. Mit dem Anstieg des Meeresspiegels werden in den Mündungsgebieten von Amazonas, Mekong, Ganges und Nil Millionen Menschen vertrieben und große Flächen fruchtbaren Ackerlandes vernichtet. Die kapitalistischen Zentren machen jetzt schon ihre Grenzen dicht. Während mit Milliarden das Kapital in der Weltwirtschaftskrise gefüttert wurde, sind die Maßnahmen gegen

den Klimawandel Propaganda und sichern dem Kapital und den Energiekonzernen ihre generell hohen Profite durch käufliche Emissionsrechte. Verhungernde Menschen im Trikont oder der Untergang von ein paar Inseln im Pazifik spielen keine Rolle!

Weltweit werden über hundert neue **Atomanlagen** geplant, 48 Anlagen sind im Bau. Zudem sollen die Laufzeiten von Atomkraftwerken in Frankreich wie in der BRD verlängert werden. Ein geschlossener Trägerkreis von konservativen Umweltverbänden und unter anderem der Bürgerinitiative und der BäuerInnen aus Lüchow-Dannenberg unter Ausschluss des eher linken Delegiertentreffens der Anti-AKW-Bewegung rief vor den Bundestagswahlen 2009 zu einer Großdemonstration am 5. September 2009 in Berlin auf. Einer der Gründe für den Ausschluss dürfte die beabsichtigte Finanzierung auch durch Pro-Atom-Parteien wie die Grünen, Linkspartei oder SPD gewesen sein. Die Mobilisierung wurde durch immer neue Skandale um die chaotische und in Teilen illegale Einlagerung von Atommüll im Atommüll-lager Asse unterstützt, das einsturzgefährdet ist und mit Wasser vollzulaufen droht. Manipulationen bei den Gutachten zur Eignung des Salzstockes in Gorleben wurden öffentlich und der illegale Ausbau von Gorleben zum Atommüllendlager im Zusammenhang mit der Erkundung wurde bekannt, was zu teilweise spektakulären Aktionen wie der Besetzung des Betriebsgeländes am 5. Juni 2009 führte. Auf dem Anti-Atom-Treck nach Berlin vom 30. August bis 4. September 2009 war es im Vorfeld immer wieder zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. In Berlin demonstrierten am 5. September 2009 dann ca. 50.000 Menschen gegen Atomanlagen. Es war die größte Anti-AKW-Demonstration seit den 1980er Jahren, die die noch starke Verankerung der Bewegung in der Bevölkerung ausdrückte. 350 Traktoren, zum großen Teil aus dem Wendland, waren zur Demonstration nach Berlin gekommen, ein bunter und vielfältiger Demonstrationszug zog durch Berlin Mitte bis vor das Brandenburger Tor. Insbesondere die Grünen, die die Atomausstiegslüge in die Welt gesetzt haben, versuchten die Demonstration für den Wahlkampf zu instrumentalisieren, mit Grünen-Fahnen und sogar Wahlplakaten, die sie als Schild trugen. Unter anderem das Anti-Atom-Plenum Berlin aus dem Delegiertentreffen der Anti-AKW-Bewegung rief zu einem antikapitalistischen Block auf, der mit weniger als 400 TeilnehmerInnen in der großen Menge wenig sichtbar war. Viele radikale Linke sind an diesem Tag nach Dortmund zur Anti-Nazi-Demonstration gefahren. Mitglieder der Ökologischen Linken, die bundesweit angereist waren, verteilten zusammen mit der Ökologischen Linken Berlin Restbestände des Flugblatts »Das Atomkapital und seine Einheitspartei aus CDU/CSU/SPD/Die Linke/FDP/Grünen« und über 6000 Flugblätter »Nutzt die Risse im System Aufruhr Revolte Widerstand« mit aktuellen Terminen. Auch auf der zentralen Kundgebung der IG Metall Jugend in Frankfurt/Main am selben Tag verteilten Mitglieder des BundessprecherInnenrats der Ökologischen Linken dieses Flugblatt.

In der BRD rüstete Innenminister Schäuble auch 2009 weiter den **Repressionsapparat** auf. Seit August 2009 ist das »Gesetz zur Verfolgung der Vorbereitung schwerer staatsgefährdender Straftaten (StraftVVG)« in Kraft. Mit den neuen Paragraphen §§ 89a, 89b, 91 StGB werden zum Beispiel bereits sogenannte Vorbereitungshandlungen unter Strafe gestellt. In § 91 wird unter dem Titel »Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat« das Verbreiten oder Anpreisen oder der Besitz von Anleitungen, die zur Begehung eines Anschlages dienen könnten, oder nach § 89a auch das Sammeln von Geld zur Vorbereitung einer solchen Tat als Straftatbestand festgeschrieben. Die Geldsammelaktion

der taz in den 1980er Jahren »Waffen für El Salvador« wäre jetzt von Illegalität bedroht. Nach dem neuen § 89b ist schon die Kontaktaufnahme mit VermittlerInnen einer Ausbildung in sogenannten Terrorcamps strafbar. Damit wird grundgesetzwidrig eine unterstellte Absicht bestraft, die Gedankenfreiheit ausgehebelt – die Unschuldsvermutung des Bürgerlichen Rechts gilt nicht mehr. In dieser Willkürjustiz ist beispielsweise ein investigativer Journalismus ohne Knastgefahr undenkbar.

Beim §129a-Prozess gegen angebliche Mitglieder der »militanten Gruppe« vor dem 1. Strafsenat des Kammergerichts in Berlin wurde im Lauf des Verfahrens bekannt, dass das Bundeskriminalamt (BKA) selbst, als linksradikale Gruppe getarnt, 2005 Texte zur Militanzdebatte über die Zeitschrift »interim« in der linksradikalen Szene lanciert hatte. Trotz dieser Beteiligung und fehlender Beweise wurden die Angeklagten im Oktober 2009 zu drei bzw. dreieinhalb Jahren Haft verurteilt. Die taz schrieb dazu am 17. Oktober 2009: »Verurteilt wie verlangt«.

Immer wieder wird versucht, das Verbot zur Verwertung von unter **Folter** erlangten Geständnissen und damit das generelle Verbot von Folter zu relativieren. Vor dem Oberlandesgericht Stuttgart-Stammheim läuft seit November 2006 gegen fünf Männer ein Verfahren wegen derer angeblicher Mitgliedschaft in der türkischen Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) nach § 129b StGB in einer ausländischen »terroristischen Vereinigung«. Mit der Konstruktion, hier werde die »europäische Rückfront« für die »Terrorkommandos in der Türkei« tätig, wird den dortigen Angeklagten in Stuttgart-Stammheim die Gründung von Vereinen vorgeworfen, Demonstrationsteilnahmen, Organisierung von Schulungen, Geldsammlungen oder das Abhalten von Kulturveranstaltungen – eine Kriminalisierung legaler Tätigkeiten!

Gegen den Ausbau des **Überwachungsstaates** gingen über 20.000 Menschen am 12. September 2009 unter dem Motto »Freiheit statt Angst« in Berlin im Rahmen des europäischen Aktionstages »Freedom not Fear – Freiheit statt Angst« auf die Straße. Ein breites Bündnis von der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB) bis zur FDP forderte Überwachung abzubauen und die freie Nutzung des Internets. Über private Videos wurde bewiesen, wie ein Teilnehmer von Polizeibeamten brutal zusammengeschlagen wurde. Zudem hatte die Polizei absichtlich die Szene nicht gefilmt oder die Filmaufnahmen gelöscht. Die Demonstration war auch Wahlkampfhilfe für die reaktionär-anarchistische Piratenpartei. Die Ökologische Linke Berlin verteilte das Flugblatt »Nutzt die Risse im System Aufruhr Revolte Widerstand«.

Zunehmend verschärfen die Bundesländer die Versammlungsgesetze. Die Verschärfungen in Bayern wurden erst durch eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht im Februar 2009 teilweise gestoppt. Nach den Vereinbarungen des Koalitionsvertrages der Bundesregierung von CDU, CSU und FDP vom Oktober 2009 trägt zukünftig auch die FDP den Ausbau des Überwachungsstaates mit.

Die kapitalistische Produktion zielt von ihrem Wesen her auf eine weltweite Durchdringung und Eroberung. In den letzten zehn Jahren wuchs zum Beispiel das weltweite Militärbudget um 45 Prozent. Der Kampf um Rohstoffquellen, Absatzmärkte und ausbeutbare Arbeitskräfte wird immer auch militärisch ausgetragen. Dazu gibt es zum einen die taktische Zusammen-

arbeit der wichtigsten kapitalistischen Staaten innerhalb des Kriegsbündnisses **NATO**. Die NATO sorgt für die Aufrechterhaltung des freien Zugangs für das Kapital zu allen ausgebeuteten und beherrschten Regionen und für das Niederhalten von Bestrebungen, die die Herrschaft des Kapitals auch nur partiell in Frage stellen.

Gleichzeitig baut die BRD auch eigenständige militärische Potenziale auf, die für den weltweiten militärischen Einsatz, für imperialistisches Handeln gedacht sind. Einige Beispiele:

- Neue Seekriegswaffen wie außenluftunabhängige U-Boote der Klasse 212A und die neuen Korvetten K 130 für den küstennahen Einsatz und die Fregatten F 125.
- Ein dritter Einsatzgruppenversorger für den seegestützten Angriffskrieg soll gebaut werden; die Pläne für einen Hubschrauberträger sind bei ThyssenKrupp Marine Systems seit Jahren fertig und sollen jetzt realisiert werden.

Das momentan wichtigste Testfeld für die militärischen Möglichkeiten der BRD ist der Krieg in **Afghanistan**. Die jährlichen Kosten der Kriegsbeteiligung dürften bis Ende auf 2010 auf fast eine Milliarde Euro angestiegen sein. Die Anzahl der eingesetzten SoldatInnen ist bis November 2009 auf 4260 gestiegen. Der Bundestagsbeschluss lässt den Einsatz von maximal 4500 SoldatInnen zu. Durch die Intensivierung des Krieges soll die Voraussetzung geschaffen werden, damit die afghanischen Repressionsapparate (Armee und Polizei) künftig weitgehend im Alleingang die Drecksarbeit übernehmen können. Mit einem wirklichen Abzug haben die gegenwärtigen Überlegungen nichts zu tun; es handelt sich lediglich um taktische Anpassungen an die Gegebenheiten vor Ort. Die Karzai-Regierung soll unter allen Umständen an der Macht gehalten werden, auch wenn sie in der Bevölkerung spätestens nach den Wahlen 2009 mit gefälschten und unterschlagenen Stimmzetteln über keinerlei Legitimität mehr verfügt. Der imperialistische Krieg der NATO und Deutschlands kostete im vergangenen Jahr laut offizieller Zählung der Mission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA) allein 2118 ZivilistInnen das Leben. Das sind mehr als je zuvor seit dem Sturz der Taliban vor gut sieben Jahren.

Das Propagandabild von der brückenbauenden Bundeswehr ist spätestens seit dem gezielten Bombenangriff auf einen Tanklastzug gestört. Nach der Barbarei der deutschen Wehrmacht im 2. Weltkrieg und den Protesten gegen Wiederaufrüstung und Atomkriegsdrohung muss die Bevölkerung der BRD auch mental kriegsfähig gemacht werden. »Helden« und »Gefallene« werden mit Orden behängt. Mit strategischer Penetranz sickert die Bundeswehr aber auch in weitere zivile Bereiche ein. Die öffentliche Präsenz der Bundeswehr wird zum Beispiel durch Musikveranstaltungen und Waffenshows zu stärken versucht. In den Leitstellen des Katastrophenschutzes sitzen heute auch Reserveoffiziere der Bundeswehr. In NRW werden entsprechend eines Kooperationsvertrages von Bundeswehr und Schulministerium Jugendoffiziere verpflichtend in die Gestaltung und Umsetzung von Lehrplänen einbezogen. Jugendoffiziere sollen verstärkt in Schulen auftreten und auch in die Fortbildung von Lehrkräften eingebunden werden.

Gegen diese **Militarisierung** nach innen und außen hat es zahlreiche Proteste und Aktionen gegeben: Die Aktionen gegen die Münchener Sicherheitskonferenz im Februar, die Demonstrationen und Widerstand gegen die 60-Jahr-Feier der NATO im April, der erfolgreiche Widerstand gegen das Bombodrom in Wittstock und viele kleinere Kundgebungen, Störungen und Sabotageaktionen gegen Militärmusikveranstaltungen, Auftritte in Schulen und

Universitäten, Zulieferer der Bundeswehr (zum Beispiel DHL). Lokal und bundesweit hat die Ökologische Linke entsprechend ihrer Möglichkeiten diese unterstützt.

2009 feierte die **NATO** 60 Jahre Aufrüstung und Krieg. Die Aktionen in Strasbourg und Kehl am 4. und 5. April 2009 gegen den NATO-Gipfel und die Feiern zum 60-jährigen Bestehen der NATO vom 1. bis 4. April 2009 in Strasbourg und Baden-Baden wurden schon im Vorfeld in Frankreich wie in der BRD kriminalisiert, ein massiver Repressionsapparat in Stellung gebracht. Die Bundeswehr beteiligte sich mit 600 Soldaten, AWACS-Überwachungsflugzeuge und Kampfflugzeuge sind im Rahmen der NATO inklusive. Das Bundeskriminalamt lieferte Daten von angeblich »international agierenden Störern« und aus der »Verdachtsdatei links« an die französische Polizei. In der BRD verfolgte die Polizei bereits im Vorfeld eine Strategie der Einschüchterung. Mit Aus- und Einreiseverboten, massiven Grenzkontrollen und dem Einschreiten bei kleineren Demonstrationen wurden im Vorfeld die Aktionen der NATO-GegnerInnen kriminalisiert. Durch massives Einschreiten wurde schon die Teilnahme an den Protestaktionen behindert. In Frankreich wurden DemonstrantInnen angegriffen, es gab Überfälle auf das Camp der NATO-GegnerInnen. Weniger repräsentative Stadtteile von Strasbourg wurden von der Polizei als »Schlachtfeld« genutzt und Jagd auf die DemonstrantInnen gemacht. Mit einer Vielzahl von militanten Aktionen von NATO-GegnerInnen wurde versucht dem brutal auftretenden Repressionsaufgebot etwas entgegenzusetzen.

Am 4. April 2009 schafften es ca. 16.000 Menschen trotz massiver Behinderungen und Polizeischikanen an der zentralen Gegendemonstration teilzunehmen. Die beiden Demonstrationzüge wurden an der Europabrücke zwischen Kehl und Strasbourg daran gehindert, sich zu vereinigen, Wasserwerfer und Hunderte deutscher Polizisten versperrten den Weg. In Strasbourg griff die schwerbewaffnete Polizei die DemonstrantInnen an. Nachdem auf französischer Seite das ehemalige Zollgebäude brannte, eskalierte die Situation. In regelrechten Gewaltausbrüchen der französischen Polizei wurden DemonstrantInnen im Polizeikessel mit Tränengas- und Schallgranaten beschossen. Dem Legal Team wurden bis zum Ende der Proteste 1700 Polizeiübergriffe insbesondere der französischen Polizei gemeldet, es gab 464 Festnahmen. Nach dem Gipfel wurden in Frankreich festgenommene DemonstrantInnen in Schnellverfahren abgeurteilt und hohe Haftstrafen – auch für nur unterstellte Absichten – zur Abschreckung ausgesprochen. Ende Juni 2009 befanden sich noch sieben Demonstranten im Gefängnis. Am 17. November 2009 wurden zwei Demonstranten aus Rostock in Frankreich zu 4 Jahren Haft mit einem Jahr auf Bewährung verurteilt, weil sie in der schon brennenden Zollstation ein zweites Feuer gelegt hatten. Es konnte weder bewiesen werden, dass Menschenleben gefährdet waren, noch wurde aufgeklärt, warum die Polizei der Feuerwehr die Durchfahrt für den Löscheinsatz verweigert hatte. Dieses Urteil stellt einen der Höhepunkte der politisch motivierten Abrechnung der französischen Justiz mit den NATO-GegnerInnen dar.

Die Verschärfung der Repression und des brutalen Vorgehens gegen DemonstrantInnen wurden auch bei den Protesten gegen den G 20-Gipfel in London am 1. April 2009 deutlich. Dort starb ein unbeteiligter Zeitungsverkäufer nach der Attacke eines Polizisten.

In Berlin kam es während und nach der **Revolutionären 1. Mai-Demonstration 2009** zu massiven Angriffen auf DemonstrantInnen und TeilnehmerInnen von Protestaktionen. Bei der

Auftaktkundgebung zur Revolutionären 1. Mai-Demonstration am 1. Mai in Berlin rief Jutta Ditfurth mit einer kämpferischen Rede die ca. 10.000 TeilnehmerInnen zum Widerstand gegen Staat und Kapital, gegen den Reformismus und für eine Soziale Revolution auf. Der BundessprecherInnenrat verteilte mit großer Unterstützung der Berliner Gruppe 10.000 Flugblätter »Nutzt die Risse im System Aufruhr Revolte Widerstand«. Nachdem die Polizei kurz nach Beginn der Demonstration in den Demonstrationszug eindringen wollte, wurde sie massiv angegriffen und konnte aus der Demonstration gedrängt werden. Die Demonstration wurde gegen Polizeiübergriffe, wenn auch mit einer verkürzten Route, durchgesetzt. Gegen Ende der Demonstrationen begannen massive Übergriffe der Polizei, die mit militanter Gegenwehr beantwortet wurden. Es gab 289 Verhaftungen. Im Oktober 2009 saßen in Berlin noch ca. 10 Menschen im Zusammenhang mit der Revolutionären 1. Mai Demonstration in Haft. Bei den abgeschlossenen Verfahren gab es harte Urteile mit Haft- und Bewährungsstrafen, die der Einschüchterung der AktivistInnen des 1. Mai und der Abschreckung dienen. Im Juli 2009 wurde ein Berliner für den Wurf einer Glasflasche in Richtung Polizei, ohne dass diese etwas getroffen hätte, wegen besonders schwerem Landfriedensbruch und versuchter gefährlicher Körperverletzung zu 14 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Zwei Jugendliche, die angeblich am 1. Mai 2009 in Berlin einen Molotowcocktail geworfen haben und dafür wegen versuchten Mordes angeklagt wurden, sitzen seit dem 1. Mai trotz festen Wohnsitzes wie einige andere auch in monatelanger Untersuchungshaft. Die Untersuchungshaft wird so zur Strafe vor der Strafe umgewandelt und geltendes Recht gebrochen. Auch auf der Revolutionären 1. Mai-Demonstration in Nürnberg wurden Flugblätter der Ökologischen Linken verteilt.

In einem neuen Anlauf sammelt sich seit einigen Jahren die **radikale Linke** in zwei Lagern neu. Seit den Vorbereitungen zu den Gegenaktionen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 gibt es die **Interventionistische Linke** um die Antifaschistische Linke Berlin (ALB) und einer Reihe von Gruppen wie Avanti - Projekt undogmatische Linke (Norddeutschland), Fels Berlin, Organisierte Autonomie Nürnberg, Redaktion analyse&kritik, Kampagne Libertad!, Rote Aktion Kornstraße Hannover, attac-campus Bochum und einigen anderen. Die IL stärkt durch ihre Zusammenarbeit mit attac und der Linkspartei die reformistische und teilweise nationale Linke.

Mit dem Bündnis **Ums Ganze!** formiert sich mit einer antireformistischen und antinationalen Orientierung eine Radikale Linke, die sich in Abgrenzung vom reaktionären Flügel der Antideutschen, wie zum Beispiel bahamas oder der Georg-Weerth-Gesellschaft Köln, entwickelt hat. Dem Bündnis gehören derzeit folgende Gruppen an: Theorie.Organisation.Praxis Berlin, Autonome Antifa [f] Frankfurt, Gruppe Gegenstrom Göttingen, Redical [M] Göttingen, Kommunistische Gruppe Bochum, Antifa Fast Forward Hannover und Antifa AK Köln. Das Bündnis erarbeitete 2009 als Grundlage der Bündnisarbeit eine gemeinsame Programmatik »zur Kritik des kapitalistischen Normalvollzugs«, die als Grundsatzbroschüre unter dem Titel »Staat, ›Weltmarkt‹ und die Herrschaft der falschen Freiheit« herausgegeben wurde.

Unter dem Titel »**Alles muss man selber machen: Sozialen Fortschritt erkämpfen**« fand am 14. Januar 2009 in Frankfurt/Main eine landesweite Demonstration des »Bündnisses 14. Januar« mit ca. 2000 TeilnehmerInnen statt. In Frankfurt/Main hatte sich hierzu ein breites linksradikales Bündnis gebildet. In der Folge spaltete sich das Frankfurter Bündnis an

der Israel/Palästina-Frage in die antinationalen/sozialrevolutionären Kräfte und in den Rest der eher nationalistischen AntiimperialistInnen und den reaktionären Flügel der Antideutschen, die den Krieg im Gaza-Streifen für die innerlinke Polarisierung instrumentalisierten. Nach dem Klärungsprozess blieb das sozialrevolutionäre, antinationale Bündnis Frankfurt/Main von Antifa [f], FAU, ÖkoLinX-ARL, Krisengruppe Frankfurt und anderen bestehen.

Die gewerkschaftlich getragenen Demonstrationen gegen die Weltwirtschaftskrise am 28. März 2009 in Frankfurt/Main und Berlin »**Wir zahlen nicht für eure Krise**« zielten trotz einer teilweise radikalen Rhetorik mit ihren reformistischen Forderungen an den Staat auf die Stabilisierung der Verhältnisse und die Rettung des Kapitalismus. Das sozialrevolutionäre, antinationale Bündnis Frankfurt/Main rief unter Beteiligung von ÖkoLinX-ARL zu einem sozialrevolutionären und antinationalen Block in Frankfurt/Main auf. Der Bündnisaufruf wurde auch vom Bündnis Ums Ganze! unterstützt, das bundesweit mobilisierte. Auf einer eigenen Auftaktkundgebung konnten linksradikale Inhalte transportiert werden, Jutta Ditfurth hielt für die Ökologische Linke einen Redebeitrag. Es konnte durchgesetzt werden, dass der sozialrevolutionäre/antinationale Block mit etwa 2.000 TeilnehmerInnen vor einem der beiden DGB-Demonstrationszüge lief mit dem Fronttransparent »Staat.Nation.Kapital.Scheiße. Für die soziale Revolution«. Der gesamte Block erreichte den Römer, der für die Abschlusskundgebung vorgesehen war. Einige Gruppen des linksradikalen Blocks konnten dann den Auftritt Oskar Lafontaines durch Eierwürfe und Zwischenrufe wirkungsvoll stören.

2009 wurden die Jahrestage 60 Jahre Grundgesetz und 20 Jahre Übernahme der ehemaligen DDR durch den Staat genutzt, in der Krise die nationale Zusammengehörigkeit zu propagieren und »die Deutschen« zum freiheitsliebenden Volk zu stilisieren. Das als »friedliche Revolution« propagandistisch verklärte Ende des DDR-Regimes 1989 wurde als identitätsstiftender Mythos auf das deutsche Volk projiziert und **Nationalismus** pur, als Ideologie kollektiver Identität, über riesige Bürgerfeste in Berlin inszeniert.

Das Ums Ganze!-Bündnis setzte gegen die nationale Verblödung die bundesweite antinationale Kampagne »Staat.Nation.Kapital.Scheiße. Gegen die Herrschaft der falschen Freiheit« mit Veranstaltungen, Aktionen, Demonstrationen. Als Auftakt diskutierten am 22. Mai 2009 auf der Veranstaltung »Unerträglich – Podiumsdiskussion gegen 60 Jahre BRD« Thomas Ebermann, Hamburg, Nadja Rakowitz, Frankfurt/Main, und TOP Berlin in der Humboldt-Universität Berlin gegen das 60-jährige Abfeiern der Nation. Die Ökologische Linke war vertreten und verteilte Flugblätter. Am Tag darauf demonstrierten auf der Antinationalen Parade »Etwas Besseres als die Nation« dann um 2000 TeilnehmerInnen gegen die »falsche Freiheit«. Zu der Demonstration rief auch die Ökologische Linke Berlin auf. Die Demonstration wurde mit einem massiven Polizeieinsatz konfrontiert. Flächendeckende Vorkontrollen behinderten die TeilnehmerInnen schon im Vorfeld. Einigen wurden, ohne dass sie gegen Auflagen verstoßen hätten, mitgeführte Fähnchen abgenommen. Mindestens zwei von ihnen wurden bis zu 14 Stunden in den Knast gesteckt. Nach erheblichen Verzögerungen konnte die Demonstration in einem doppelten Spalier dann die Demoroute laufen.

Die vom Antifa AK Köln aus dem Ums Ganze!-Bündnis veranstaltete Podiumsdiskussion »Geschichte der Antinationalen« am 30. Oktober 2009 in Köln mit Thomas Ebermann,

Jutta Ditfurth und TOP Berlin thematisierte die widersprüchliche Geschichte der **Antideutschen**, die Broschüre des Ums Ganze!-Bündnisses und endete mit einer Diskussion der Perspektiven der radikalen Linken. Der reaktionäre Flügel der Antideutschen war durch die Georg-Weerth-Gesellschaft vertreten, verteilte ein Schmähhblatt und stellte sich nicht der Diskussion.

Am 7. November 2009 in Berlin rief das Berliner Bündnis um TOP Berlin mit bundesweiter Unterstützung zur Antinationalen Demonstration »Es gibt kein Ende der Geschichte – Gegen die falsche Freiheit« auf. Der Aufruf wurde auch von der Ökologischen Linken Berlin und ÖkoLinX-ARL Frankfurt/Main unterstützt. Auch hier wurde das Flugblatt »Nutzt die Risse im System Aufruhr Revolte Widerstand« der Ökologischen Linken verteilt. Es kamen um 1500 TeilnehmerInnen. Aus dem Aufruf: »Kapitalistische Freiheit bedeutet blinde Herrschaft des Markts, ein zugerichtetes Leben für Lohnarbeit, Kapitalverwertung und Konkurrenz ...« und weiter: »Mitten in der Krise bildet die nationale Einheits-Show den ideologischen Kitt einer Gesellschaft im globalen Kampf um Verwertungsbedingungen. Hier bestätigen Staat und Volk ihren Bund für kommende Konkurrenzschlachten.«

Im Juni 2009 wurde bundesweit zum **Bildungsstreik** mobilisiert. Es ging um mehr Selbstverwaltung und Mitbestimmung, die Abschaffung der Studiengebühren, um mehr Studienplätze, bessere Studienbedingungen, die Rücknahme bzw. eine Reform der sogenannten Bologna-Reform und Masterstudienplätze für alle. Bundesweit nahmen in mindestens 94 Städten an Demonstrationen, Besetzungen, Sitzblockaden und zum Teil militanten und fantasievollen Aktionen mit über 270 000 StudentInnen, SchülerInnen, Auszubildenden und LehrerInnen überraschend viele Menschen an den Protesten teil. Die Aktionen wurden von Gewerkschaften und auch ErzieherInnen der Kitas unterstützt, die durch die seit Mai andauernden bundesweiten Streiks bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne durchsetzen konnten. Aktionen wie die symbolische Aktion »Banküberfall« verschafften den AkteurInnen auch in den bürgerlichen Medien eine große Resonanz. Es gab gemeinsame Aktionen zwischen Schulen und Universitäten und in vielen Städten große Demonstrationen mit tausenden TeilnehmerInnen. Bundesweit fanden Besetzungen von Hochschulen statt. Während des Streiks wurden in Köln, Stuttgart, Berlin und Frankfurt/Main Flugblätter der Ökologischen Linken verteilt. Mitte November 2009 erlebte der Bildungsstreik seine Fortsetzung. Europaweit wurden an zahlreichen Universitäten Räume teilweise über Wochen besetzt. Zehntausende beteiligten sich erneut an den Protesten. Mit marginalen materiellen Zugeständnissen könnte es den Herrschenden gelingen, die Streikenden zu befrieden.

Das Flugblatt zur Weltwirtschaftskrise »Nutzt die Risse im System Aufruhr Revolte Widerstand« der Ökologischen Linken war 2009 zentrales Papier der Ökologischen Linken. Durch mehrere Auflagen konnten neben den politischen Inhalten auch aktuelle Termine und Veranstaltungen wie das zweite Rebellionsgespräch der Ökologischen Linken in Frankfurt/Main im Oktober 2009, Lesungen von Jutta Ditfurth zu ihrem im Mai 2009 erschienenen Buch »Zeit des Zorns« veröffentlicht werden oder zu Demonstrationen wie der antinationalen Demonstration am 7. November in Berlin mobilisiert werden. Insgesamt wurden von dem Flugblatt in vier Auflagen ca. 30.000 Stück gedruckt und bundesweit auf Aktionen und Veranstaltungen verteilt.

Anfang Mai 2009 erschien das Buch »Zeit des Zorns« von Jutta Ditfurth. Auf vielen Lesungen trug Jutta Ditfurth damit zur Klärung des Verhältnisses der radikalen Linken zum sozialdemokratischen Reformismus und der Partei Die Linke bei und analysierte die beginnende Weltwirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Menschen weltweit.

Am 2. Mai 2009 organisierten der BundessprecherInnenrat der Ökologischen Linken und die Ökologische Linke Berlin in Berlin eine politische Veranstaltung »Was kommt nach der Weltwirtschaftskrise? – Ruhe? Aufruhr? Widerstand?« im Cafe KATO in Kreuzberg. Die Veranstaltung wurde in der Presse, in Veranstaltungskalendern und über Anzeigen bekannt gemacht. 70 bis 80 Menschen kamen und diskutierten angeregt mit! In Berlin stießen neue Leute zur Gruppe.

Auf der Bundeskonferenz 2008 wurde die Unterstützung einer antiparlamentarischen Kandidatur der Ökologischen Linken in Köln anlässlich der **Kommunalwahl in NRW** beschlossen. Dieser Beschluss wurde durch die Ökologische Linke Köln und den BundessprecherInnenrat der Ökologischen Linken umgesetzt. Bis Februar 2009 wurden die für eine Wahlbeteiligung nötigen 45 KandidatInnen für alle Kölner Wahlkreise gefunden, ebenso eine stadtweite Ratsliste mit 20 Leuten sowie Listen für 6 von 9 Bezirksvertretungen aufgestellt. Bis Anfang Juli wurden die nötigen Unterstützungsunterschriften flächendeckend in Köln gesammelt, insgesamt mehr als 2000. Dabei wurden Hunderte von politischen Diskussionen über grundlegende Alternativen zur eisigen und gnadenlosen kapitalistischen Wirklichkeit geführt und neue politische Kontakte geknüpft, die nun gefestigt werden können.

Während des Wahlkampfes wurden 35.000 Manifeste in der Stadt, bei politischen Veranstaltungen, bei Konzerten und vor Kinos verteilt. An der zentralen Wahlkampfveranstaltung der Ökologischen Linken »Zeit für Zorn in Köln jetzt! Was kommt nach der Weltwirtschaftskrise?« mit Jutta Ditfurth und den KandidatInnen Andrea Capitain und Dieter Asselhoven nahmen etwa 200 Interessierte teil. Auch wenn 0,41 Prozent der Stimmen für die Ökologische Linke nicht für einen Einzug in den Kölner Stadtrat gereicht haben, ist ein solches Ergebnis für eine linksradikale antiparlamentarische Kandidatur, die sich nur auf die eigenen Kräfte stützt, durchaus bemerkenswert. So gab es zahlreiche Stimmbezirke, in denen die Ökologische Linke bis zu 3 Prozent der Stimmen erhalten hat, unter anderem in den Kernen von Nippes/Wilhelmplatz, Kalk, Mülheim, Teilen der Südstadt und des Belgischen Viertels/Rathe-  
nauplatz, rund um die Alte Feuerwache und in Alt-Ehrenfeld. Das schlafende Potenzial für Widerstand gegen die verschärfte kapitalistische Ausbeutung und die forcierte Naturzerstörung wurde zumindest in einigen Milieus geweckt und Impulse für ein solidarisches Zusammenleben in Köln gegeben.

Bereits im Dezember 2008 hatte bei den StudentInnenparlamentswahlen an der Uni Köln der rechte AStA Stimmen verloren und konnte nur durch eine Koalition mit den Jusos als MehrheitsbeschafferInnen weitermachen, die Alternative Liste (AL) wurde zweitstärkste Fraktion.

In **Frankfurt/Main** rief das **rechte Bürgerbündnis BFF** nach 2004 am 22. März 2009 wieder zu einer geschichtsrevisionistischen Gedenkkundgebung anlässlich der Bombardierung Frankfurts durch die Alliierten auf. Diese wurde von AntifaschistInnen gestört. Daraufhin

wurde am 26. März 2009 im Stadtparlament eine gemeinsame Resolution von der Linkspartei über die FAG, SPD, Grünen, FDP bis zur BFF, jetzt Freie Wähler Frankfurt, die diese Störaktion und angebliche Gewalt wie »Bedrängen« verurteilte, gegen die Stimmen von ÖkoLinX-ARL im Römer, auch von der NPD und den Republikanern verabschiedet. Siehe hierzu auch die Erklärung von Manfred Zieran für ÖkoLinX-ARL im Römer in der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt/Main auf der Website von ÖkoLinX-ARL. Aus dieser Erklärung: »Kommende Zeiten: Sollte künftig einmal ein Nazi oder Rechtsextremer hier im Römer den Mord an 6 Millionen Juden bestreiten oder sich abfällig und antisemitisch äußern, wie vielleicht der frühere Kumpel von Wolfgang Hübner, Horst Mahler, der zur Zeit im Knast sitzt, kann ich nicht ausschließen, dass ich ihm nicht spontan eine knalle. Welche Gewalt wäre dann die, von der sich die Fraktionen dieses Hauses distanzieren? Die Leugnung der Shoa oder die Ohrfeige?« Auf Antrag der CDU soll nun erstmals am 22. März 2010 wie in Dresden seitens der Stadt den Bombenopfern der Stadt im Zusammenhang mit den Zerstörungen im 2. Weltkrieg durch die Alliierten gedacht werden. Dieser Antrag wurde von allen Fraktionen und der NPD, außer ÖkoLinX-ARL im Römer und Linkspartei, angenommen – damit ist der Geschichtsrevisionismus der rechts außen Freien Wähler Frankfurt in der rechten Mitte des Parlaments angekommen.

Für das selbstverwaltete linke Kunst- und Kulturzentrum der Kulturinitiative »Faites votre jeu« konnte durch eine Demonstration am 19. Januar 2009 eine breite Unterstützung und politischer Druck aufgebaut werden, so dass nach der Räumung aus dem früheren Jugendzentrum Bockenheim mit dem ehemaligen Untersuchungsgefängnis Klapperfeld ein neuer Standort gefunden wurde.

Durch eine aktive Teilnahme am »antinationalen und sozialrevolutionären Bündnis«, das sich in Frankfurt/Main anlässlich der Demonstration am 14. Januar 2009 gebildet hatte und wesentlich den antikapitalistischen Block auf der Demonstration am 28. März 2009 organisiert hatte, wurde der Kontakt mit den in Frankfurt/Main außerparlamentarisch agierenden Gruppen gehalten.

Nach 2008 fand jetzt am 10./11. Oktober 2009 das zweite Rebellionsgespräch der Ökologischen Linken in Frankfurt/Main im Gewerkschaftshaus statt. Zentrale Diskussionsthemen waren unter dem Titel »Was kommt nach der Weltwirtschaftskrise? – Ruhe? Aufruhr? Widerstand?« die Analyse der derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnisse in der Weltwirtschaftskrise sowie die daraus entstehenden Potenziale für die Neuformierung einer radikalen linken Bewegung.

Die Internet-Seiten der Ökologischen Linken und von ÖkoLinX-ARL wurden weiterentwickelt. So werden auf den Seiten der Ökologischen Linken politische Termine empfohlen und ausgewählte Positionspapiere veröffentlicht. Es lohnt sich also, die Seiten regelmäßig zu besuchen. Zudem hat der BundessprecherInnenrat der Ökologischen Linken eine E-Mailadresse eingerichtet, die als Kontakt für politische Aktionen genutzt wird.

In vielen Arbeitsstunden wurde mit einigem Aufwand das Archiv in Frankfurt/Main eingerichtet und die auf verschiedene Standorte verteilten Materialien dort zusammengeführt. Wir

suchen noch dringend möglichst regelmäßige monatliche, vierteljährliche oder jährliche finanzielle Unterstützung.

### **Und was kommt 2010?**

Immer das Alte und doch wieder neu: zugespitzter, brutaler aber auch zum Lachen, Lernen und Kämpfen!